

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

**Bezugspreis:**  
 Vierteljahr 30.— M., monatl. 10.— M.  
 frei ins Haus, wovon zahlbar Post-  
 bezug monatlich 10.— M., einsehb. Zu-  
 schlagsgebühr. Unter Fernband für  
 Deutschland, Dänzig, das Saar- und  
 Rheingebiet, sowie die ehemalige deut-  
 schen Gebiete Polens, Oesterreich,  
 Ungarn und Luxemburg 20.— M. für  
 das übrige Ausland 25.— M. Post-  
 bezugungen nehmen an Oesterreich,  
 Ungarn, Dänisch-Schlesien, Däne-  
 mark, Holland, Luxemburg, Schweden  
 und die Schweiz.  
 Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-  
 beilage „Welt und Zeit“, der Unter-  
 haltungsbeilage „Heimweh“ und der  
 Beilage „Erziehung und Kindergarten“  
 erscheint wochentlich zweimal, Sonntags  
 und Montags einmal.

Telegraphische Adressen:  
**„Sozialdemokrat Berlin“**

**Anzeigenpreis:**  
 Die achtspaltigen Nonpareilzeilen  
 kosten 5,50 M. „Kleine Anzeigen“  
 das fertige Blatt 1,50 M. (an-  
 wählige zwei fertige Blätter jedes  
 weitere Blatt 1.— M. Steilengeld-  
 und Schlafstellenanzeigen das erste  
 Blatt 1.— M., jedes weitere Blatt  
 50 Pfg. Worte über 15 Buchstaben  
 zählen für zwei Worte. Familien-An-  
 zeigen für Abonnenten 75% A.— M.  
 Die Preise verstehen sich einschließlich  
 Erwerbssteuer.

Anzeigen für die nächste Nummer  
 müssen bis 5 Uhr nachmittags im  
 Druckerei-Büro, Berlin SW 68, Linden-  
 str. 3, abgegeben werden. Größtens  
 von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3  
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97

Mittwoch, den 20. April 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW 68, Lindenstr. 3  
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 117 53—54

## Der Rheinzoll in Kraft.

Der Rheinzoll ist seit heute miternacht in Kraft. Seine Durch-  
 führung bringt erhebliche Unregelmäßigkeiten in den Eisenbahnver-  
 kehr, die aber nichts bedeuten gegenüber der bewussten und absicht-  
 lichen Ruinierung der rheinländischen und übrigen deutschen Wirt-  
 schaft. Nach England, Frankreich und Belgien hat auch Südslawien  
 den Strafzoll gegen Deutschland beschlossen. Eine Statistik des briti-  
 schen Kriegsministers über die Heeresmärsche ergibt, daß auf dem  
 Kontinent Frankreich (mit 809 652) und — Polen (mit etwa 600 000  
 Mann) die stärksten Heere besitzen. Deutschland wankt also seinen  
 Kernsicherheitsweg zwischen zwei schwerbewaffneten Gendarmen.  
 Belgien hat 105 000, die Tschechoslowakei 147 000, Rumänien 160 000  
 Mann, Südslawien 200 000 Mann, die Schweiz bezeichnenderweise  
 ebenfalls: Ihre Sorge dürfte kaum eine deutsche Neutralitäts-  
 verletzung sein...

Düsseldorf, 20. April. (WZB.) Bis vormittags gegen 9 Uhr  
 haben die Zollmaßnahmen keine besondere Störung im Personen-  
 verkehr hervorgerufen, da die Aufsichtsbeamten die Züge ohne Rück-  
 sicht darauf, ob die Zollbeamten mit der Revision fertig waren oder  
 nicht, nach 10 Minuten Aufenthalt weiterfahren ließen. Im Güter-  
 verkehr ist bereits eine Störung eingetreten.

### Vor der Besetzung des Ruhrgebiets.

London, 20. April. (WZB.) Reuter erzählt von französischer  
 Seite, Frankreich werde die Besetzung des Ruhrgebiets nur vor-  
 nehmen, wenn Deutschland seinen Verpflichtungen nicht nachkomme.  
 Wenn die deutschen Arbeiter nach der Besetzung die Arbeit niederlegen  
 sollten, würde Deutschland keine Kohlen erhalten, da das einzige außer-  
 schlesische Deutschland zur Verfügung stehende Kohlengebiet, das sch-  
 lesische, sehr wenig fördere. Dadurch werde Deutschland von einer  
 allgemeinen Betriebsseinstellung bedroht und nach  
 Ansicht der Franzosen gezwungen werden, seinen Vertragsverpflich-  
 tungen nachzukommen. Frankreich könne die militärische Besetzung  
 des Ruhrgebiets allein durchführen und werde wahrscheinlich zu  
 diesem Zweck nur eine Jahresklasse einberufen müssen. Frank-  
 reich denke keineswegs an eine Annexion weder des Ruhrgebiets,  
 noch des linken Rheinufers. Der Zweck sei einfach der, Deutschland  
 zum Zahlen zu bringen.

„Daily Chronicle“ schreibt in einem „Ballade Harmonie  
 zwischen den Alliierten“ überschriebenen Leitartikel: An  
 der Besetzung des Ruhrgebietes würden englische Truppen nicht teil-  
 nehmen, da keine verfügbar seien. Der Plan habe viel für sich, er  
 verfolge die Alliierten in die Lage, Deutschland gegenüber zu sagen:  
**Keine Reparationen — keine Kohlen.**

Bezahlt eure Schulden, entlastet eure Soldaten, verurteilt eure Kriegs-  
 verbrecher, dann bekommt ihr euren Brennstoff! Das einzige andere  
 wichtige Kohlengebiet liege in Oberschlesien und dieses Kohlen-  
 gebiet werde wahrscheinlich bald den Polen zugewiesen werden,  
 angesichts der durch die Abstimmung erwiesenen großen polnischen  
 Mehrheit unter den anwesenden Einwohnern. Deutschland könne sich  
 infolgedessen kaum lange seinen Verpflichtungen entziehen.

Paris, 20. April. (WZB.) „Matin“ berichtet, daß Minister-  
 präsident Briand sich am Samstag nach Lympe begeben wird.  
 Er wird begleitet sein von dem Generaldirektor im Ministerium für  
 auswärtige Angelegenheiten Berthelot, Marschall Foch, General  
 Beggand, einem Dolmetscher und einigen Sekretären. Engländer-  
 seits werden außer Lord George an der Beratung teilnehmen Lord  
 Curzon, vielleicht auch Chamberlain und Marshall Wilson. „Matin“  
 gibt zu wissen, daß Briand Lord George die von der gemischten  
 Kommission ausgearbeiteten Pläne vorlegen werde für den Fall,  
 daß Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland ergriffen werden. Der  
 Entwurf besteht aus einem strategischen Plane, d. h. An-  
 gaben über die Zahl der Truppen und über die Ausdehnung der Be-  
 setzung. Briand werde dann ein wirtschaftliches Programm  
 vorlegen, das Anordnungen darüber enthält, welche wirtschaftlichen  
 Beziehungen zwischen dem neu besetzten Gebiete und dem übrigen  
 Deutschland gestatte werden sollen. Für den Fall, daß Deutschland  
 nach der Besetzung seine Verpflichtungen nicht erfülle, steht der Ent-  
 wurf ein besonderes Vermittlungs-, Wirtschafts- und Zollsystem vor.  
 „Matin“ sagt, man wolle, daß Belgien und Italien keine Einwen-  
 dungen machen werden. Es bleibe also die Hoffnung, daß Lord  
 George sich gegen diese französischen Vorschläge günstig verhalten  
 werde.

Der Parlamentsberichterstatter der „Daily News“ meldet:  
 Es wird amtlich in Uebereinstimmung gestellt, daß die Alliierten beschloffen  
 haben, sich des Ruhrgebiets zu bemächtigen, weil Deutschland seinen  
 Verpflichtungen nicht nachkommt. Die Pariser Berichte darüber  
 werden in maßgebenden britischen Kreisen als reine Spekula-  
 tion bezeichnet.

### Amerikas Antwort.

Paris, 20. April. (WZB.) Hier verlautet, daß die amerikanische  
 Regierung in ihrer Antwort auf das durch den Hilgenen Stuhl über-  
 reichliche deutsche Gesuchen um eine Intervention mitteilen wird, daß  
 sie zwar mit dem Grundgedanken einer Übernahme der Antirentschulden  
 an Amerika durch Deutschland einverstanden wäre, daß sie  
 aber eine Vermittlerrolle nicht annehmen könne, weil sie der Mei-

nung sei, daß die deutschen Angebote nicht weitgehend genug  
 seien. — Die Pariser nationalsozialistischen Zeitungen sagen: Hätte  
 Deutschland ein neues Angebot, daß auf der Grundlage der Pariser  
 Beschlüsse entstanden wäre, so wäre eine Vermittlung nicht erforder-  
 lich gewesen und die deutsche Regierung hätte ihre Vorschläge der  
 Reichskammerkonferenz direkt übergeben können.

### Eine Rede Hardings.

Washington, 20. April. (WZB.) Präsident Harding hielt gelegent-  
 lich der Enthüllung eines Reiterstandbildes Simon Bolivars,  
 das von Venezuela der Stadt New York geschenkt worden war, eine  
 Rede, in der er unter anderem sagte: Die ganze Welt habe das Be-  
 dürfnis nach einem Wiederaufbau. Das amerikanische Volk müßte  
 sich darüber klar werden, daß es nicht mehr genügen werde, sich  
 außerhalb der Ereignisse in Europa zu halten. Die Entwick-  
 lung der Zivillisation habe uns in engste Beziehungen mit der alten  
 Welt gebracht und unsere Verantwortlichkeit ist dadurch gewachsen.  
 Es ist unsere Aufgabe, alles dazu beizutragen, daß die Welt wieder  
 zur normalen Form zurückgeführt werde. Im letzten halben  
 Jahrhundert haben die amerikanischen Republiken an der Entwick-  
 lung der Kulturen fast keinen Anteil genommen. Man legt sich  
 nicht genügend über die Fortschritte Rechenschaft, die darin liegen,  
 daß die amerikanischen Völker die Reizung haben, alle Streitig-  
 keiten durch Schiedssprüche zu regeln.

Harding kommt dann auf die Monroe-Doktrin zu sprechen  
 und sagt, er selbst habe sie niemals in egoistischem Sinne ausgelegt,  
 aber die Geschichte der letzten zehn Jahre könne die ganze Welt über-  
 zeugen, daß, wenn die Notwendigkeit einträte, man bereit sei, den  
 Kampf aufzunehmen, um den amerikanischen Kontinent gegen jede  
 Unterdrückung zu schützen.

Zur Untersuchung, wie sich der Deutschamerikaner  
 Bergdoll der Wehrpflicht entziehen konnte, hat das Repräsen-  
 tantenhaus einen Ausschuss eingesetzt, und ihm 10 000 Dollar be-  
 willigt.

Bekanntlich war Bergdoll ins unbefetzte Deutschland geflüchtet,  
 von wo ihn amerikanische Detektive zu verschleppen versucht haben.

### Der englische Streik.

London, 20. April. (WZB.) Eine gestern abend vom Bergarbeiter-  
 bund erlassene Erklärung besagt, die Antwort der Bergwerksbesitzer  
 gebe keine Veranlassung zu irgendeiner Hoffnung, daß die Ver-  
 handlungen demnächst wieder aufgenommen werden.

Ab 1. Mai sollen die Löhne auf den Schiffswerften um  
 ein Drittel reduziert werden!

Der Eisenbahnerführer Thomas hat das Blatt „The Com-  
 munist“ wegen Beleidigung verklagt.

### Die Ermordung Tifzas.

In Budapest wird augenblicklich der Prozeß gegen den ange-  
 klagten Mörder des Grafen Tifza verhandelt. Unter den Angeklagten  
 ist auch der ehemalige Ministerpräsident Stephan Friedrich,  
 der Führer der Gegenrevolution und Begründer des Weißen Terrors.  
 Stephan Friedrich war zu Beginn seiner Karriere Revolverjournalist  
 und veröffentlichte in einem Budapest-Köfblatt die blutigensten  
 bolschewistischen Artikel. Anlässlich der Karolai-Revolution  
 verstand er es, durch allerhand unläutere Praktiken, sich in den  
 revolutionären Nationalrat einzuschmuggeln und sich dort als  
 linke radikales Element aufzuspielen. Er erscheint dringend  
 verdächtig, in jenen Tagen eine Anzahl meuternder Soldaten im  
 sich versammelt zu haben und sie durch Versprechungen und Auf-  
 reizungen zur Ermordung Tifzas veranlaßt zu haben.  
 Später wurde Friedrich Staatssekretär im Kriegsministerium und  
 verübte in dieser Stellung den größten Unfug, bis ihn schließlich die  
 ehelichen Elemente des Revolutionskomitees hinauswarfen.  
 Unter anderem verführte er zu jener Zeit, eine bewaffnete Garde aus  
 Zionisten zu bilden. (!) Nachdem man ihm das Handwerk ge-  
 legt hatte, wurde Friedrich Gegenrevolutionär und sah seine Zeit  
 gekommen, als nach dem Zusammenbruch des Bela-Kun-Regimes die  
 Rumänen in Budapest einmarschierten. Mit einer handvoll Poli-  
 zisten machte er sich durch einen Staatsstreich zum ersten Minister-  
 präsidenten Horvath-Ungarns und nunmehr begründete der ehemalige  
 Revolutionär, Grafenmörder und Judenbeißer die blutige Ära  
 des Weißen Terrors, dem ungezählte tauende Sozialisten, Arbeiter  
 und Juden zum Opfer fielen. Der jetzige Prozeß ist ein Intrigen-  
 spiel zwischen den Anhängern Friedrichs und der Familie des er-  
 mordeten Grafen Tifza, wobei mit den schmutzigsten Mitteln, mit  
 Alibi-fälschungen, Zeugenbestechungen, ja sogar mit Mord und  
 Terror gearbeitet wird. Der Prozeß, zu dem mehr als 300 Zeugen  
 geladen sind, dürfte mehrere Monate dauern.

**Polenangriff in Wilna.** Sämtliche polnischen Truppen sind aus  
 den Kasernen herausgezogen worden, angeblich aus Furcht vor  
 litauischen Bombenanschlägen. Ein großer Teil wurde nach der  
 Front geschafft, ein anderer in Privatwohnungen einguar-  
 niert. Eine Kontrollkommission des Völkerbundes hat sich im Son-  
 derzug nach Wilna begeben.

## Der Block um Stegerwald.

Das Ministerium Stegerwald ist angeblich  
 fertig, es legt sich, wie zunächst inoffiziell mitgeteilt wird,  
 folgendermaßen zusammen:

- Präsidium und Wohlfahrt: Stegerwald (3.)
- Inneres: Dominicus (Dem.)
- Justiz: Am Jahnhoff (3.)
- Handel: Fischbeck (Dem.)
- Landwirtschaft: Warmbold (Beamter)
- Unterricht: Becker (Beamter)
- Finanzen: ?

Die neue preußische Regierung wird charakterisiert durch  
 die erfolgte Ausschaltung der Sozialdemokraten und ihre Er-  
 legung durch bürgerliche Politiker und Beamte. Es ist  
 eine naive Zumutung, wenn verschiedene Morgenblätter von  
 heute annehmen, die sozialdemokratische Fraktion würde einem  
 derart oder ähnlich zusammengesetzten Kabinett „wahl-  
 wolle“ gegenüberstehen. Die Stegerwald-Regierung, die  
 auf einer kleinen Minderheit basiert, wird des „Wohlmollens“  
 allerdings sehr bedürftig sein, aber es wird diese politische  
 Ware, die nirgends ohne Gegenseitigung geboten wird, auf der  
 rechten, nicht auf der linken Seite des Hauses suchen müssen.

Von den unleugbaren Unsauberkeiten, die bei der Bil-  
 dung seines Kabinetts passiert sind, glaubt sich Herr Steger-  
 wald reinigen zu können, indem er in einem Schreiben an den  
 Landtagspräsidenten sein Amt formell niederlegt und sich so-  
 fort als Ministerpräsident wieder zur Wahl  
 stellt. Durch dieses Vorgehen können zwar die Tatsachen  
 des begangenen Wortbruchs nicht aus der Welt geschafft wer-  
 den, wohl aber wird dadurch die ganze Situation eine wohl-  
 tuende Klarheit erfahren: Herr Stegerwald wird dann gegen  
 die Stimmen der Sozialdemokratie mit allen Stimmen der  
 bürgerlichen Parteien zum Ministerpräsidenten gewählt wer-  
 den, und damit wird wenigstens der Kage die Schelle umge-  
 hängt sein. Das Kabinett Stegerwald wird sich der Welt  
 repräsentieren als das Kabinett der gesamtbürger-  
 lichen reaktionären Konzentration.

Der Rechtsruch der bürgerlichen Mittelparteien, der  
 in dieser Lösung der preußischen Regierungsfrage zum Aus-  
 druck kommt, wird im innerpolitischen Leben Deutschlands die  
 tiefsten Wirkungen zeitigen, und man darf heute schon voraus-  
 sagen, daß es weder dem deutschen und dem preußischen Volke  
 noch ihnen selbst wohlbekommen wird. Wir verzichten darauf,  
 die Ankündigung unseres Kampfes, der jetzt unvermeidlich ge-  
 worden ist, durch Drohungen zu verschärfen, mehr als das  
 Wort gilt uns die Tat.

Es sei den bürgerlichen Mittelparteien, besonders den  
 Demokraten nur nahegelegt, wie ein bürgerliches Blatt  
 selbst die Folgen ihrer Handlungsweise beurteilt. Am Montag  
 abend — als der neue Umfall der Demokraten noch nicht be-  
 kannt war und ein Ministerium aus Zentrumsleuten und Be-  
 amten in Aussicht stand — schrieb die „Frankfurter Zeitung“:

Herr Stegerwald tut das Gegenteil von dem, was man nach  
 seiner ganzen bisherigen politischen Entwicklung von ihm hätte er-  
 warten dürfen. Er schien der gegebene Mann, die alte Ko-  
 alition mit oder ohne Volkspartei zusammenzuhalten. Er hat  
 darauf verzichtet, indem er, ohne zwingenden Grund, auch  
 leinerseits die Fortführung der alten Koalition ohne Volkspartei von  
 vornherein verworfen. Und jetzt ist, nach vielem Hin und Her, sein  
 letzter Ausweg ein „Geschäftsministerium“, das unpolitisch sein soll,  
 das aber in Wahrheit durch die ganze Entwicklung der Dinge eine  
 sehr bestimmte politische Farbe haben wird. Denn da die Sozial-  
 demokratie ein solches Geschäftsministerium vertritt, so ergibt sich  
 ganz klar, daß es nur mit Zustimmung auch der äußersten Rechten  
 überhaupt existieren könnte. Das aber würde bedeuten, daß die  
 Deutschnationalen genau das erreicht hätten, was sie von Anfang an  
 erstrebten. Ihre ganze Agitation ging ja darauf hinaus, die So-  
 zialdemokratie vollständig aus der Regierung auszuschalten und an  
 die Stelle der bisherigen Koalition eine rein „bürgerliche“  
 Regierung zu legen, in der sie dann ausschlaggebend wären.  
 Das Geschäftsministerium des Herrn Stegerwald würde prallisch,  
 wenn auch in verhüllter Form, nichts anderes besagen. Die So-  
 zialdemokraten in der Opposition, die Demokraten, wie wir  
 hoffen, gleichfalls draußen, das Geschäftsministerium an-  
 gemessen auf das Vertrauen von Deutschnationalen, Hannoveranern,  
 Deutscher Volkspartei und Zentrum, also eine Gruppierung, die ja  
 ebenso wie die alte Koalition eine jämmerliche Mehrheit hätte, wenn  
 tatsächlich das ganze preußische Zentrum diese Politik mitmacht —  
 das wäre das Bild.

Dieses Bild wird durch die Wirklichkeit noch übertroffen,  
 denn die letzte Hoffnung der „Frankfurter Zeitung“, wenig-  
 stens ihre eigene Partei, die demokratische, würde sich  
 aus dem üblen Handel heraushehalten, hat sich nicht erfüllt. Was  
 wir jetzt erleben werden, das ist eine anmutige Kombination  
 aus dem Bülowblock und dem schwarzblauen Block von ebendem.

Die Sozialdemokratie ist mit diesen beiden Blöcken fertig  
 geworden, sie wird auch vor dem Kampf gegen einen gesamt-  
 bürgerlichen Reaktionsblock nicht zurückweichen. Sie darf da-  
 bei auf die Tatsache bauen, daß der größte Teil der Wähler  
 auch der bürgerlichen Mittelparteien nach ihrer sozialen Stel-  
 lung zu ihr gehört, und sie darf damit rechnen, daß die An-

hänger des Zentrums und der bürgerlichen Demokratie zum großen Teil nicht gekommen sein werden, die Rechtschwendung ihrer Führer mitzumachen.

Während also die veränderte politische Konstellation den bürgerlichen Mittelparteien arge Schwierigkeiten bereiten muß, wird sie den inneren Zusammenhalt der Sozialdemokratischen Partei und darüber hinaus des gesamten arbeitenden Volkes im weitesten Sinne des Wortes nur stärken. Die Arbeiterschaft wird nach den harten Erfahrungen der letzten zwei Jahre einheitslicher als zuvor den Wert einer politischen Taktik zu würdigen wissen, die Entschlossenheit und Besonnenheit verbindet und die den Kampf um verlorene Machtpositionen nicht in verzweifelten, aussichtslosen Gewaltvorstößen führt, sondern in planmäßig überlegtem Vorgehen. Der Kampf aber ist das Lebenselement unserer Partei, und ihn jetzt wieder, von mancherlei Hemmungen befreit, führen zu können — dieser Gedanke wird vielen unserer Parteigenossen neue Schwungkraft verleihen, er wird die Auftriebskraft unserer Bewegung stärken und ihren endgültigen Sieg vorbereiten.

Die Zentrumsfraktion des Landtags, unterzeichnet von Abg. Herold, veröffentlicht in der „Germania“ eine Erklärung, in der sie sich gegen die „Indiskretion“ des Abg. Heilmann wendet, weil er das zwischen dem Zentrumsabgeordneten Heß und dem Demokraten Dominicus geführte Gespräch veröffentlicht habe. Die Fraktion erklärt, daß sie jede Zusammenarbeit mit dem Abg. Heilmann solange ablehnen wird, bis er sich wegen seiner, auch mit den bescheidensten Begriffen von politischer Wohl-ensständigkeit unvereinbaren Handlungsweise bei der unterzeichneten Fraktion entschuldigt hat.

Schließlich richtet die „Germania“ in trautem Einklang mit dem „Demokratischen Zeitungsdienst“ an die Sozialdemokratie die Frage, wie lange sie noch die Leitung ihrer „immerhin offiziellen“ Korrespondenz einem so undisziplinierten Manne wie Heilmann anvertrauen, und wie lange sie „noch der Tätigkeit eines parlamentarischen „Hans Dampf“ in allen Gassen“ zusehen wollen.

Diese künstliche Entrüstung läßt schon auf tausend Schritte erkennen, daß es ihren Urheberern auf ganz andere Dinge ankommt, nämlich darauf, die Aufmerksamkeit von der rückwärtsgerichteten Tendenz der neuen Ministerliste abzulenken! Im übrigen sollte wenigstens die „Germania“ wissen, daß die „Sozialistische Korrespondenz“ für In- und Ausland eine private Gründung des Genossen Heilmann ist und daß die Partei ihm ihre Leitung weder anvertraut hat, noch sie ihm entziehen kann, selbst wenn sie die Absicht hätte. Die „S. K.“ ist eben nicht parteioffiziös, sondern Privatunternehmen. Der Ruf nach dem Schupmann ist deshalb doppelt unangebracht.

Die sozialdemokratische Fraktion hat übrigens zu der Angelegenheit schon Stellung genommen. Sie hat erklärt, daß sie der Veröffentlichung in der „S. K.“ fernsteht und sie bedauert, daß sie es aber im übrigen ablehnt, sich die Person ihrer Unterhändler von der Gegenseite vorschreiben zu lassen. Würde die Frage nach der Person der Unterhändler aufgerollt, so müßte die sozialdemokratische Fraktion auch ihrerseits in eine Prüfung darüber einstimmen, wie weit sie noch mit den Unterhändlern des Zentrums Verkehr aufrecht erhalten könne. — Diese Erwägung ist nur allzu berechtigt. Gerade das Zentrum sollte mit moralischer Entrüstung über Unterhändler außerordentlich zurückhaltend sein, nachdem sich herausgestellt hat, daß seine Unterhändler nicht imstande waren, die Wahrheit über getroffene Vereinbarungen zu berichten.

Der Abg. Heß nimmt in der „Germania“ übrigens auch noch das Wort, um die Mitteilungen Heilmanns über das bekannte Gespräch Heß-Dominicus zwar nicht zu bestreiten, aber sie als nicht ganz dem Wortlaut entsprechend hinzustellen. Wir registrieren das. Besonders wird dadurch nichts an der Tatsache, daß Zentrum und Demokraten ein Ministerium unter Ausschluß der Sozialdemokratie bilden und die Unterstützung der Deutschnationalen suchen müssen, geändert werden, daß sich das Zentrum eingegangenen Verpflichtungen durch Verschleierteckelungen bedenklicher Art entziehen wollte.

## Verfassungsbruch durch den Reichsrat.

Am 23. Ausschluß des Reichstags, der am 19. zu einer Sitzung zusammengetreten war, kam folgendes zur Sprache. Nach gründlicher Prüfung der Notwendigkeit hatte sich der Hauptausschuß des Reichstags einstimmig entschlossen, in den Etat für 1920 drei Stellen für Marine-Oberstabszahlmeister mehr einzufügen als von der Regierung angefordert waren. Das Plenum des Reichstags trat diesem Beschluß bei, so daß über den Willen der Volksvertretung gar kein Zweifel herrschen konnte. Der Reichsrat, ohne dessen Zustimmung die Erhöhung der Stellenzahl nach der Verfassung nicht zulässig ist, war jedoch von der Notwendigkeit der Stellenvermehrung nicht überzeugt und verweigerte seine Zustimmung. Das Etatsgesetz für 1920 war damit gescheitert. Entsprechend den Vorschriften der Verfassung mußte nun das ganze Gesetz zur nachmaligen Beschlussfassung an den Reichstag zurückgehen. Das ist aber nicht geschehen, vielmehr hat die Reichsregierung mit Zustimmung des Reichstags das Gesetz bis auf die vom Reichsrat nicht genehmigte Position verkünden und in Kraft setzen lassen.

Dieser Vorgang ist so ungeheuerlich, daß nicht schnell und nicht scharf genug gegen ihn Stellung genommen werden kann, denn was heute mit dem Etatsgesetz passiert, kann morgen mit jedem anderen Gesetz geschehen, bei der jetzigen bürgerlichen Reichsregierung ist eben kein Ding unmöglich. Ist erst einmal ein Präzedenzfall geschaffen und haben Volksvertretung und Öffentlichkeit ihn stillschweigend hingenommen, so wird sich die stinnesierte und monarchistische Reichsregierung wirklich nicht lange bitten lassen, ihr Blick auch bei anderen Gesetzen zu versuchen. Daß der in seiner übergroßen Mehrheit radikalreaktionäre Reichsrat, diese zweite Auflage des alten Bundesrats — auch eine Revolutionsregierung — ihr dabei gern Handlangerdienste leisten wird, braucht nach verschiedenen seiner bisherigen Leistungen nicht bezweifelt werden. Und nun male man sich aus, wenn eines schönen Tages ein Gesetz verkündet wird, in dem ein halbes Duzend im Reichstag in dritter Lesung zwar beschlossene, der Reichsregierung und dem Reichsrat aber unangenehme Paragraphen fehlt, und den staunenden Mitbürgern erklärt wird, daß die fehlenden Bestimmungen zur nachmaligen Beschlussfassung an den Reichstag zurückverwiesen worden sind. . . .

Man wende nicht ein, daß dies undenkbar sei und es sich im vorliegenden Fall doch „nur“ um das Etatsgesetz handle. Die Etatsgesetze sind mit die allerwichtigsten Gesetze, die der Reichstag zu verabschieden hat. Das Volk ist an ordentlichen Etatsgesetzen ganz ungemein interessiert, denn sie bilden das Fundament für die gesamte Volkswirtschaft und das ganze Leben und Wirken des Reiches. Es geht also unmöglich an, das Etatsgesetz als nebensächlich zu behandeln, und zu glauben, an ihm Experimente vornehmen zu können. Und ferner: Ist nicht ein Gesetz als Gesetz ebensolcher Achtung und pfleglicher Behandlung wert wie das andere? Wohin wollten wir kommen, wenn Reichsrat und Reichsregierung meinen, sich bei diesem oder jenem Gesetz über die Bestimmungen der Reichsverfassung bezüglich der Gesetzgebung einfach hinwegsetzen zu können?

Nein, derartige Praktiken dürfen nicht einreißen. Ist man von der heutigen Reichsregierung auch schon manches gewohnt, so fehlt dieses Verfahren der Nichtachtung der Verfassung und des Etatsgesetzes doch allem bisher Dagewesenen die Krone auf, ganz gleich, ob hierdurch Schaden angerichtet worden ist oder nicht. Das in weiten Kreisen der Bevölkerung gegen die Reichsregierung bestehende berechtigte Mißtrauen wird durch das unverantwortliche Vorgehen von Regierung und Reichsrat beträchtlich gestärkt werden.

Sachlich möchten wir bemerken, daß wir vom Reichstag keine Nachgiebigkeit gegenüber dem Reichsrat erwarten. Es ist nicht das erste Mal, daß der — wie schon bemerkt — hauptsächlich aus radikalreaktionären Beamten der alten Schule bestehende Reichsrat es auf eine Kraftprobe mit dem aus gewählten Vertretern des Volkes sich zusammensetzenden Reichs-

parlament ankommen lassen will. Im Herbst 1919 lag eine ähnliche Situation vor, als der Reichsrat der vom Reichstag beschlossenen Abschaffung der sogenannten „Portpflichtigen Dienstsachen“ nicht zustimmen wollte. Damals war der Reichstag gezwungen, nachzugeben, weil er 24 Stunden vor der Vertagung stand und das betreffende Gesetz aus dringlichen Gründen verabschiedet werden mußte. Diesmal ist die Sachlage eine andere, und es ist zu hoffen, daß der Reichstag seine Würde gegenüber dem Reichsrat zu wahren wissen wird.

## Bayern beseitigt die Simultanschule.

München, 20. April. (M.) Eines der in Bayern am meisten besetzte Ueberbleibsel aus der sozialdemokratischen Regierungszeit, die Simultanschuleverordnung, des Ministers Hoffmann, ist nun auch gefallen. Das bayerische Kultusministerium hatte sich auf Veranlassung des Landtages vom Verwaltungsgerichtshof ein Gutachten über die Rechtsgültigkeit dieser Verordnung einholen lassen. In diesem Gutachten heißt es u. a.: „Da diese Verordnung nur von einem Minister, nämlich dem Ministerpräsidenten und gleichzeitigen Unterrichtsminister Hofmann unterfertigt worden ist und nach Rechtslage der Aktien offenbar nicht der Beschlussfassung durch den Ministerrat unterliegt war, ist sie sonach rechtungswidrig. Es findet sich kein bayerisches Gesetz, welches einen einzelnen Minister zum Erlass einer rechtsverbindlichen Verordnung auf dem hier fraglichen Gebiete ermächtigen würde.“

## Kommunistenscheck und Agrarier.

Aus den Kreisen der organisierten Landarbeiter wird was geschrieben:

Nachdem die kommunistische Putschbewegung täglich zusammengebrochen ist, suchen die „Deutsche Tageszeitung“ und der schwarze „Tag“ von neuem die Öffentlichkeit zu erregen. Unter der sensationellen Ueberschrift „Die Kommunisten als Anführer des pommerischen Landarbeiterstreiks“ bzw. „Soll es jetzt in Pommern beginnen?“ veröffentlichen diese Blätter eine ihnen aus Stettin zugeleitete Darstellung, in der von Dynamitanschlägen und Einschüchtern von Bauerngehöften in einigen Orten Pommerns die Rede ist. Diese bisher von keinerlei amtlichen Organen geführte Meldung bringen die genannten Blätter in Zusammenhang mit einer in Pommern drohenden Gefahr des Landarbeiterstreiks und konstruieren weiter die Behauptung, man habe es in dem neuen Fall mit einer planmäßig vom Deutschen Landarbeiterverband organisierten kommunistischen Aktion unter dem Firmenschild wirtschaftlicher Bestrebungen zu tun.

Das ist eine ganz unerhörte Verleumdung des Deutschen Landarbeiterverbandes, der die terroristischen Unternehmungen, deren Begünstigung man ihn jetzt zeigt, von jeher auf das schärfste abgelehnt und verurteilt hat. Auf diese Weise soll Stimmung gegen die um ihre verfassungsmäßigen Rechte ringende Landarbeiterchaft Pommerns gemacht werden. Deshalb sei hier festgesetzt, daß es sich bei den bisher in Pommern vorgekommenen Streikunternehmungen lediglich um wenige Einzelbetriebsstreiks rein wirtschaftlicher Natur handelt. Es liegt ihnen keine politische Tendenz zugrunde, ihr Ziel ist vielmehr die Johnung der im vorjährigen Tarifabschluß zugesicherten Löhne, die ein Teil der Arbeitgeber beharrlich noch bis heute verweigert. In den bisher von Streikunternehmungen betroffenen Bezirken haben sich keinerlei Vorgänge ereignet, die auch nur den geringsten Zusammenhang mit der kommunistischen Putschbewegung erkennen lassen oder Ähnlichkeit mit ihr aufweisen.

Das Zentrum kriegt Zuwachs. Die vor etwa einem Vierteljahr begründete Christlichsoziale Partei in Bayern plant den Anschluß an das Reichszentrum. In einem Aufruf der Partei werden scharfe Angriffe gegen den Ministerpräsidenten von Kahr gerichtet und vorgeschlagen, die Christlichsoziale Partei als bayerisches Zentrum zu erklären und den Anschluß an das Reichszentrum zu vollziehen.

Zweihunderttausend Kaninchen. Nach Mitteilungen aus sächsischen Regierungskreisen soll Sachsen von den an die „ehemaligen“ Feinde abzuliefernden 200 000 Kaninchen 25 000 Stück stellen. „Wollt sel Dank, daß die Kaninchen so fruchtbar sind!“

## Meine vornehme Tischgesellschaft.

Aus persönlichen Gründen — ich bin Wohnungsloser, ich arme — bin ich gezwungen, mich vorübergehend in einer Mittelstadt, die Residenz war, aufzuhalten. Ich lebe in einer Pension. Der Pensionspreis ist nicht eben hoch, das Essen gut. — Herz, was willst du mehr? — Aber ich roter Vogel bin da in eine Tafelrunde adliger Damen hineingeraten, eine Runde, die außer mir nur noch zwei Bürgerliche zählt, einen Verwaltungsbeamten und einen jüngeren Mann, der in einem kaufmännischen Großbetrieb leitend tätig ist und sich immer entschuldigt, daß er einmal demokratisch gewählt habe. Ich beobachte die Tafelrunde, und ich höre die Unterhaltungen; das ist sehr lehrreich für mich, denn man spricht von Tagesereignissen und von der hohen Politik. Man geniert sich nicht vor mir, denn ich habe einen Titel, und damit erscheint ihnen meine Weltanschauung gegeben.

Rechts an der Ecke sitzt Frau v. L., Offizierswitwe, nicht dumm, schriftsteller — Wochenschriftchen, ganz amüsante Tagesliteratur. Ihr Mann ist gefallen. Sie wählt, so sagt sie mir, „natürlich“ deutsch-national, doch ist sie nicht in der Partei. Man hätte sie zu gewaltig hineinpressen wollen. Von früh bis spät hätten Damen bei ihr gefessen, um sie für den Eintritt zu bearbeiten. Aber Gewalt läßt sie sich nicht antun. Außerdem stände sie „über den Parteien“. Vom früheren Kaiser will sie nichts wissen. Ihr Mann habe sein Leben lassen müssen, und der sei „über die Grenze gegangen“.

Dies „Ueber-die-Grenze-gehen“ spielt überhaupt eine große Rolle in den Gesprächen. Alle diese Menschen, denen körperlicher Mut die erste Tugendbedeutung bedeutet, können die Bluth nach Holland nicht verzeihen. Darüber, daß wir die Hohenzollern nicht wieder brauchen können, sind sie auch einig. Aber „monarchisch“ sind sie. Sie wissen nur noch nicht recht, wo sie sich die gewöhnliche „monarchische Spitze“ herholen sollen. „Bei der Erblichkeit riskiert man überhaupt, daß man wieder Unfähige als Herrscher bekommt“, sagt Frau v. L. Sie ist für ein Wahlkönigtum, und auch den andern scheint das praktisch. Ich bemerke schließlich, wenn man bei einem Wahlkönigtum einen König auf Lebenszeit wählt, so wäre das doch das gleiche, wie eine Präsidentschaft auf Lebenszeit. Also würde Obert, wenn man ihn lebenslänglich wählt, die „monarchische Spitze“ sein, die sie fordern. Man hält mich für leicht blödsinnig und geht zur Tagesordnung über.

Neben Frau v. L. sitzt Frau v. O., eine wirkliche Erzzeilenz. Ihr Mann ist auch gestorben, aber nicht im Felde, sondern an Gehirnerweichung. Wieviel da zu erweichen war, weiß ich nicht. Erzzeilenz trägt noch immer eine schwarze Witwenhaube mit weiß geränderter Schnecke, die sie vorzüglich liebt. Erzzeilenz spricht über

das Frauenwahlrecht. Sie ist durchaus dagegen. „Nicht, weil wir es bekommen haben, aber die Proletarierfrauen, die sind alle so unreife.“ Ich sage halbrot zu meinem Nachbar, dem bürgerlichen Verwaltungsbeamten: „Ob die gebildeten Frauen reifer sind?“ Er wirft einen tiefsehenden Blick auf die Erzzeilenz und lächelt.

Gräfin D. bittet uns um Kinderspielzeug. Sie hat — es ist nicht zu sagen — einen sozialdemokratischen Schuhmacher, und sie denkt den Mann zu bekehren, indem sie ihm Spielzeug für seine Kinder schenkt. Ich stelle mir das Gesicht vor, das der schustierende Genosse bei den mit Kinderspielzeug gepaarten Bekehrungsversuchen machen wird.

Unruhig zu sagen, daß alle diese Damen jetzt tiefe Trauer tragen wegen des Todes der früheren Kaiserin. Sie sind eigentlich ein bißchen enttäuscht, daß sozialistische Blätter jetzt nicht schimpfen auf die Verstorbene, sie hätten sich so gern darüber entrüstet. Aber sie entrüsten sich doch, daß die Arbeiterschaft keinen großen Demonstrationen zugunsten anlässlich der Trauerfeier. Man habe das doch bei Rosa Luxemburg und Liebknecht getan.

Aber heut dachte ich doch, es würde eine Tragödie geben, als wir gemeinsam unsere Zeitungen nahmen von dem kleinen Tisch auf dem Flur, und dort mein „Vorwärts“ friedlich neben der „Deutschen Zeitung“, dem „Tag“ und einem totalen Rechtsblättchen lag. Indes, als ich in mein Zimmer ging, hörte ich noch, wie Erzzeilenz zu Frau v. O. sagte „Es ist eigentlich sehr anerkennenswert und nützlich, auch einmal die Zeitung dieser Leute zu lesen, um sich über ihre Ansichten zu vergewissern.“

Also deshalb, Erzzeilenz! Daß ich Sozialistin bin, scheint Ihnen natürlich ausgeschlossen. — denn ich habe ja einen Titel! Ja, Erzzeilenz, es ist wirklich nützlich, wenn man solche Leute, wie Sie es sind, reden hört, „um sich über ihre Ansichten zu vergewissern.“

„Der Sommernachtsstraum“ im Großen Schauspielhaus. Für den Regiekünstler Reinhardt ist diese Shakespearsche Fieris die richtige Vorlage. So hat er denn diesen Märchenschwan, ein geniales Gelegenheitsstück auf Bestellung, immer neu geformt: im „Neuen Theater“, wo er seinen Ruf damit begründete, und dann wiederholt im „Deutschen Theater“. Immer war es ein Triumph seiner viele Künste zum großen Gesamt-(Ausstattungs-)Eindruck zusammenfassenden Art. Aber ließ sich dies leichteste, zarteste, düstige aller Dramen, dies Gedicht aus Nordbräuterei und Waldesstimmung in das Kolosseum der neuesten Reinhardt-Gründung verpflanzen? Der Erfolg, der große Erfolg der ersten Aufführung, die sich wieder bis in die zwölfte Stunde hinzog, spricht dafür. Aber die künstlerischen Bedenken sind damit nicht zerstreut.

Die Zirkusbühne ist umgewandelt: die Hauptbühne ist die Hintergrundbühne, die nur in den Zuschauerraum vorspringt. Keine Arena mehr! Der Schauspiel ist dadurch konzentriert, aber immer noch zu geräumig. Die große Waldwiese inmitten eines mehr bigor-

architektonischen als naturalistischen Waldes gibt zwar für Reigen und Vordränge einen schönen Tummelplatz, aber läßt die Traulichkeit und Intimität des Waldbildes, in dem diese germanische Naturpoesie lebendig wird, nicht auskommen. Die Rätselwesen, die stark auf Galeriewirkung angelegt sind, können sich hier natürlich gut ausleben und der von der Eduardowa geführte Eisenreigen und Puck Streich haben die Werte des Raumes. Aber wie steht's mit den Liebespaaren? Fast alle Darsteller sind zu verstehen; aber das Genüßliche wird zum Trompetenschmetter und die Begrüßung beidertrübt die feinere Wirkung. Die Reifzene der verirrten Liebespaare ist direkt peinlich-brutal.

Der literarische Schwärmer wird auch die Intimität Bühnendarstellung des hohen Spiels, dessen Waldeszauber keine Tanzsee erträgt, nur als Reidehelfer zulassen. Aber Shakespears Gedicht dem Theater, und es mag auch diese Verdrängerung, die Reinhardts Kunst abelt, ihre Wirkungen ausüben. Alle Opern- und Ausstattungsmittel sind darin aufs beste ausgenutzt. Nacht- und Morgenstimmung ergibt wunderbare Bilder, das Ballett ist sicher das beste. Mendelssohns Musik, die sonst Shakespears fremd ist, paßt zu dieser Auf-führung vorzüglich. Die Thimig als Titania und Bange als Oberon sind entzückende Waldwesen, und der Puck erscheint wieder in der klassischen Verdrängerung der Ensfoldt. Die Liebespaare flirten und streikten, daß es eine Lust ist, und in den Rätselwesen glänzen die ersten Kräfte: Thimig (Zettel) und Krauß (Haut-Telbe) sind wirklich urförmlich. Die Geismann macht natürlich den Löwen. In den Pausen spielen die oberen Ränge erhebllich mit, vom Recht auf den Hervorruf wird hier claquemäßig Gebrauch gemacht.

Der Regiekünstler Reinhardt hat auch den Sommernachtsstraum im Zirkus zustande gebracht — aber er ist damit zur großen Oper übergegangen.

Kleine Aufzügen. Ducau schreibt aus Friedebau: Wer berechtigt Sie, Herr Pfarrer, eine nationale Trauerfahne wegen des Todes der ehemaligen Kaiserin an der Kirche unseres Ortes anzubringen?

Wird Ihre Kirche nur von Anhängern der abgedankten Monarchie oder auch von Republikanern besucht?

Haben Sie, der Sie Beamter der Republik sind, das Recht, öffentlich gegen diese Partei zu erweisen?

Was hat die Kirche mit der Politik zu tun? Sauter nicht der Heiland, von dessen Lehre Sie leben: „Mein Reich ist nicht von dieser Welt“?

Kann Ihre Gemeinde Ihnen, der Sie fortgesetzt gegen die christliche Lehre verstoßen, damals, als Sie den Krieg verherrlichten, und jetzt, da Sie die Obrigkeit verhöhnen, noch Glauben schenken?

Erniebrigen Sie nicht die Kirche, die allen Trost schenken soll: Republikanern und Monarchisten, Reich und Arm, Hoch und Niedrig, zur Hebedienenden Waag einer Partei?

Ist Ihr Fahren das Symbol christlicher Demut oder nicht vielmehr dasjenige eines herausfordernden Trokes? Warum sind Sie so unaufrichtig, nicht zuvor das Komma zu entfernen, das über der Tür Ihrer „Kirche zum guten Hirten“ als Wahrzeichen anbracht ist?

Was gedenkt der Kultusminister hierbei zu tun?



# Gewerkschaftsbewegung

Wir verbitten uns . . .

Nach dem Betriebsrätegesetz (§ 66) hat der Betriebsrat die Aufgabe, „in Betrieben mit wirtschaftlichen Zwecken die Betriebsleitung mit Rat und Tat zu unterstützen, um dadurch mit ihr für einen möglichst hohen Stand und für möglichst wirtschaftliche Betriebsleistungen zu sorgen“.

Zu diesem Thema wird uns mitgeteilt, daß der Betriebsrat des Braunkohlenbergwerks „Glimmerode“, das dem Kalitzkonzern „Wintershall—Alexanderhall“ gehört, sich dagegen gewendet hat, daß für die Grube ein Ingenieur sowie ein zweiter Direktor, welcher die Grube mit beaufsichtigen soll, eingestellt werden.

Speeringen, den 5. April 1921.

Vorsitzenden des Betriebsrats der Gewerkschaft Glimmerode. Aus den uns übersandten Niederschriften der Sitzungen des Betriebsrats unserer Braunkohlengrube entnehmen wir, daß die Arbeitnehmervertretung es für nötig hält, mit Anregungen an die Betriebsleitung heranzutreten, deren Durchführung überaus unmöglich ist.

Was die an uns weiter eingereichte Resolution vom 24. März dieses Jahres anbelangt, in der der Betriebsrat, wie er angibt, aus Sparmaßregeln gegen die Einstellung von höheren Beamten protestiert, so lehnen wir eine Erörterung über diese Frage überhaupt ab und verbitten uns für die Zukunft derartige Schreiben.

Sollten sich derartige Schreiben wiederholen, so werden wir auf Grund der Bestimmungen des § 41 des Betriebsrätegesetzes beim Schlichtungsausschuss die Auflösung des dortigen Betriebsrats wegen gröblicher Verletzungen seiner Pflichten beantragen.

Mit Gläubigen! Zentralverwaltung der Gewerkschaft Wintershall.

Man verbittet sich also für die Zukunft jede weitere Anregung, da die Arbeitnehmervertretung „kaum irgendwie technische oder wirtschaftliche Verständnis“ besitzt und droht, „falls sich derartige Schreiben wiederholen . . . beim Schlichtungsausschuss die Auflösung des dortigen Betriebsrats wegen gröblicher Verletzung seiner Pflichten“ zu beantragen.

## Urwahlen im Buchbinderverband.

Mit den bevorstehenden Urwahlen im Verband deutscher Buchbinder und Papierverarbeiter (Zahlstelle Berlin) beschäftigte sich eine vom Aktionsausschuss der SPD-Fraktion einberufene Versammlung am Dienstag in den „Arminshallen“.

Als Vorsitzende fungierten die Kollegen Klabunde, als Verwaltungsbeamte: Töpfer, Becker und Herz, als Hilfskräfte für die Kassengeschäfte die Kollegin Menzel und zum Lokalbeamten den Kollegen Witt.

Vor allen Dingen muß die Wahl von Gewerkschaftsleiterern verhindert werden. (Beifall.)

Schade und Grobe forderten zur regen Wahlhilfe in den 16 Wahllokalen auf, während die als Gäste anwesenden Kollegen

Beinleber, Nürnberg und Wannacker, Hannover Grüße von den dortigen Kollegen überbrachten und die Hoffnung aussprachen, daß es gelingen werde, die Einigkeit auch in Berlin wiederherzustellen.

Achtung! Der Aktionsausschuss der SPD im Buchbinderverband ersucht die auf dem Boden gewerkschaftlicher Einigkeit stehenden Vertrauensleute, am Donnerstag von 2 Uhr 30 ab im Lokal von Paul Reimer, Kommandantenstr. 46, das Material für die Urwahl abzuholen.

## Angestelltenstreik in Breslau.

Breslau, 20. April. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die Angestellten der Breslauer Metallindustrie sind heute morgen 7 Uhr in allen größeren Betrieben in den Streik getreten. Lange Verhandlungen mit den Unternehmern, die vorhergegangen waren, hatten nicht zum Ziele geführt.

## Internationaler Transportarbeiterkongress.

Genf, 19. April. Der Internationale Transportarbeiterkongress hat eine Entschließung angenommen, die sich zugunsten der gemeinsamen Besitzergreifung und Kontrolle der Transportmittel durch den Staat oder die Gemeindebehörden einerseits und Arbeiterorganisationen andererseits ausspricht.

Am Dienstag nachmittag beschäftigte sich der Kongress mit einer Entschließung gegen die Zerstörung von Maschinen und Material in Ausführung des Friedensvertrages von Versailles. Der französische Delegierte Guinard stellte die Frage des Wiederaufbaues der zerstörten Gebiete zur Erörterung.

Nach einem Bericht der Mandatskommission wurden die Vollmachten aller Delegierten bestätigt. Sodann wurde eine Entschließung angenommen, die wirtschaftliche Schikanen verurteilt und sich entschieden für den allgemeinen freien Warenverkehr ausspricht.

Ein Generalstreik der Land- und Waldarbeiter ist, wie die „Aote Frohne“ mittelt, in der Tschechoslowakei zum Ausdruck gekommen. Nach dem Zentralorgan der tschechischen Kommunisten wird eine Erhöhung der Bezüge um zirka 42 Proz. gefordert.

Bauarbeiterstreik. In Ragdeburg sind gestern die Bauarbeiter wegen Nichtbewilligung ihrer Lohnforderungen in den Ausstand getreten. Es kommen Bauten der Stadt, darunter Rotwohnungen, zur vorläufigen Stilllegung.

Eine Erkränkungsliste der Arbeiter des AEG-Konzerns ist das am 18. April eröffnete Erholungsheim in Falkenhagen bei Seefeld. Eine Besichtigung, welche von den Ausschussmitgliedern der Krankenkasse, sowie den Betriebsräten des Konzerns vorgenommen wurde, betriebsärztliche in jeder Weise. Hier ist etwas geschaffen worden, nach dem die Arbeiterschaft schon seit einer Reihe von Jahren getrachtet hat.

Die SPD-Dreher regen sich. Die im Metallarbeiterverband organisierten Dreher Berlins waren immer stolz auf den engen und festen Zusammenhalt ihrer Branche und darauf, daß sie in organisatorischer Beziehung eine Kerntruppe bildeten. Jetzt steht die Branche unter kommunistischer Leitung und Zerrissenheit und Disziplinlosigkeit ist eingerissen.

In der Diskussion sprachen sich alle Redner dahin aus, daß unbedingt etwas geschehen müsse, um wieder in der Branche ein erprobtes Wirken zu ermöglichen.

Die Versammlung beschloß in diesem Sinne. Bei in Aussicht stehenden Verhandlungen werden den Kollegen der U.S.P.-Fraktion entsprechende Vorschläge gemacht werden.

Zentralverband der Maschinen- und Feiler. (Geschäftsstelle Groß-Berlin.) Mitgliederversammlung am 24. April, normiertens 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 15, Saal 4. Delegiertenwahl zum Verbandstag nach Karlsruhe. Niemand darf fehlen!

Zentralverband der Fleischer. Sonnabend im Arbeiter-Vereinshaus, Chausseestraße 94; Frühlingsfest. Beginn 7 1/2 Uhr. Eintritt 2,00 Mk.

# Wirtschaft

Sozialistische Wirtschaftsliteratur.

In Büchern, die eine zusammenfassende Darstellung der neueren Wirtschaftsvorgänge und ihre sozialistische Kritik geben, hat es bisher sehr gefehlt. Um so dankenswerter ist die Schrift der Genossen Georg Gradnauer und Robert Schmidt: „Die deutsche Volkswirtschaft“ (Buchhandlung Vorwärts, Berlin, Preis brosch. 12 Mk., geb. 15 Mk.), die zugleich mit einer kurzgefaßten Geschichte der deutschen Volkswirtschaft im letzten Jahrhundert eine wirklich vollständige und lebendige, dabei mit wissenschaftlichem und statistischem Material reich ausgestattete Schilderung der Wirtschaftsvorgänge der letzten Jahrzehnte, besonders auch der Kriegs- und Uebergangswirtschaft bietet.

Ein Gegenstück dazu ist das im Verlag Gesellschaft und Erziehung Berlin-Friedenau erschienene Buch des Genossen Rudolf Wissell „Kritik und Aufbau“ (Preis 6 Mk.). Wissell versucht hier den Kampf um die Planwirtschaft fortzuführen in einer, wie uns scheint, nicht sehr glücklichen Form. Wissells Eifer für die Planwirtschaft in allen Ehren. Aber ist es notwendig, den Prinzipienkampf mit polemischen Auseinandersetzungen derart auf die Spitze zu treiben, daß das Gemeinsame der verschiedenen Meinungsrichtungen innerhalb der Partei ganz verläßt? Ist es notwendig, zu verkennen, daß der Planwirtschaftsgegner Gen. Schmidt als Reichswirtschaftsminister mit Unterstützung der Mehrheit der Parteigenossen diese Organe einer planmäßigen Wirtschaftsführung tatsächlich geschaffen hat? Und wenn man sieht, wie Freund und Gegner einer Idee Gleiches tun unter dem Druck der Verhältnisse, wenn man ferner sieht, wie der ursprüngliche Gedanke der Gemeinwirtschaft durch die neu entstandenen kapitalistischen Trübsal überlebt hat und nach neuen, schöpferischen Formen sucht (die Wissell in seiner Idee eines Sozialismus oder Gemeinwirtschaftsbaus des vorausahnt, aber heute noch nicht für durchführbar erachtet), wenn schließlich Wissell in einer Fußnote die Durchführung des Programms abhängig macht davon, daß das deutsche Volk unbefugt von unerfüllbaren Wiedergutmachungsforderungen auf die Zukunft hoffen kann — wenn dem alles so ist, so wäre es doch wohl wünschenswert, anstatt des gegenseitigen öffentlichen Meinungstampons die Verständigung über die nächsten Zukunftsaufgaben auf anderen Wegen zu suchen.

Es gibt heute keinen Sozialisten mehr, der nicht ein gutes Stück gemeinwirtschaftliches Bewußtsein hat. Daß es so ist, daran hat Gen. Wissell zweifellos ein überragendes Verdienst. Auch sein neues Buch wird besonders in dem Teile „Aufbau“ dem Forschenden viel Anregung bieten. Ist doch dort manches klarer ausgesprochen als in Wissells früheren Veröffentlichungen. Auch ist viel neues Material besonders aus der neueren Konzernbildung darin verarbeitet.

In dem gleichen Verlag ist eine beachtliche Schrift „Sozialisierung des Kohlenbergbaus“ von Edwin Carpow und Hermann Kranold erschienen (Preis 4,50 Mk.), die besonders für denjenigen von Interesse ist, der sich in das Problem der Kohlensozialisierung vertiefen will. Das Büchlein enthält eine Kritik sämtlicher Sozialisierungsvorschläge, die — ohne daß man ihr in allen Einzelheiten zustimmen braucht — eine ganze Reihe bisher unberücksichtigter Gesichtspunkte in die Debatte wirft. Den Vorschlägen der Sozialisierungskommissionen und -ausschüsse wird ein eigener Sozialisierungsplan gegenübergestellt, dessen wesentliche Punkte sind: Ausdehnung der Kohlensozialisierung auf die Beteiligung der Kohlen, wozu ein eigener Energiewirtschaftsplan notwendig wird; entschädigungslose Enteignung — den jetzigen Eigentümern werden lediglich Rentenbezüge bis zur Höhe des Existenzminimums gewährt; Unterstellung der Kohlenwirtschaft unter einen Selbstverwaltungskörper, der sich gleichmäßig aus allen Volksschichten nach ihrem Zahlenverhältnis zusammensetzt, also den Produzenten ihr bisheriges Uebergewicht nimmt. Der Reichslohnrat hat u. a. das Recht der Begutachtung kohlenwirtschaftlicher Maßnahmen und der Stellung von Initiativanträgen; er schlägt auch die Kandidaten für die Direktoren der Bergbaubehörde vor. — Ohne nähere Begründung wird in dem Befehlentwurf der Umbau des Reichswirtschaftsrats zu der Reichskammer der Arbeit mit parlamentarischen Rechten gefordert, ein Verlangen, das abzulehnen ist.

In der Schriftenreihe der sächsischen Landesstelle für Gemeinwirtschaft erschien als 12. Heft „Die Sozialisierung des Wohnungswesens und der Baustoffproduktion“ von Gen. Edmund Fischer (Verlag v. Zahn u. Joensch, Dresden, Preis 10 Mark). Das Büchlein enthält eine knappe Zusammenfassung und Kritik der Vorschläge zu diesem Thema. Ihm sind 14 graphische Darstellungen und zwei Uebersichten, sowie Berichte der Baustoffkommission von Ost- und Westschlesien beigegeben. Dieses amtliche Material als Grundlage einer auch sonst reichhaltigen sozialistischen Wirtschaftsstudie macht die Schrift für jeden, der sich mit der Sozialisierung des Wohnungswesens ernsthaft befassen will, zu einer wertvollen Hilfe.

Amerikanische Ausfuhrkredite. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Washington hat das Komitee der Kriegsschiffe den Exporteuren, die 30 000 Ballen Baumwolle nach Deutschland, Frankreich, England, Italien und Japan exportieren wollen, 2 Millionen Dollar vorgeschossen.

Verantwortl. für den redakt. Teil: Dr. Werner Keller, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Wiede, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Brühlstr. 3.

**LAUSE** neben Nissen, Wanzen, Motten, Flöhe, Schwaben werden radikal vernichtet durch **PFEIFFEROL**

**Drum prüfe, wer sich ewig bindet!**  
Trauringe  
Ankauf von Gold-, Silber-, Platin-Bruch  
H. Wiese, Juwelier, Antikrest. 30

**Schöne Büste**  
Glühlampen  
Schröder, Bernauer

**Ruhebetten**  
200 Mk.  
Girndt, Neukölln

**Werden Umsatz** seines erweiter n will, bedient sich des **VORWÄRTS** als Insertionsorgan mit bestem Erfolg!

**Schlechtsitzende Korsette**  
Reparaturen, Änderungen u. Korsettwäsche  
Korsettfabrik Richard Necke

**Kriegsbeschädigte**  
Ausschüsse  
Behörden

**Kommentar zum** Reichsvorsorgengesetz  
von Hermann Müller

**Elektromagnetische Türverriegelung „Erla“**  
Beste Schutz gegen Einbruch.  
Richard Kutz, Berlin-Wilmersdorf

**Erich Fuhrmann**  
Spezialgeschäft für Trauringe  
Gotzkowskystr. 13  
Brautleuten  
Ankauf Gold-, Silber-, Platinbruch